



REPUBLIK ÖSTERREICH  
DER BUNDESMINISTER FÜR  
ÖFFENTLICHE WIRTSCHAFT UND VERKEHR  
DIPL.-ING. DR. RUDOLF STREICHER

II- 5908 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen  
des Nationalrates XVII. Gesetzgebungsperiode

A-1030 Wien, Radetzkystraße 2  
Tel. (0222) 713 75 07  
Teletex (232) 3221155  
Telex 61 3221155  
Telefax (0222) 73 78 76  
DVR: 009 02 04

Pr.Zl. 5906/25-4-88

2696/AB

1988 -11- 25

zu 2688/J

ANFRAGEBEANTWORTUNG

betreffend die schriftliche Anfrage der Abg.  
Wabl und Genossen vom 26. September 1988,  
Nr. 2688/J-NR/1988, "unerledigte Empfehlungen  
des Rechnungshofes / (7) BÖW TB 1986"

Ihre Frage darf ich wie folgt beantworten:

Die benützungsrechtliche Seite des öffentlichen Personenrufdienstes ist auf privatrechtlicher Basis geregelt. Diese Regelung hat sich seit der Einführung dieses Dienstes im Jahre 1975 bewährt und erlaubt es der Post, auf eine Änderung der Bedarfslage oder auf technische Innovationen jederzeit flexibel reagieren zu können. Eine Regelung auf gesetzlicher Basis würde eine solche Flexibilität nicht gewährleisten. Die den öffentlichen Personenrufdienst regelnden Vertragsbestimmungen sind im Post- und Telegraphenverordnungsblatt kundgemacht.

Beim Heimtelefon ist die Post davon ausgegangen, daß es sich dabei im Hinblick auf die besondere Konstruktion und die daraus resultierenden Funktionen nicht um eine Nebenstellenanlage handelt. So entspricht auch der Sinn der gemäß § 16 Fernmeldegebührenordnung vorzuschreibenden Amtsberechtigungsgebühr, der darauf abstellt, die stärkere Auslastung der Amtsvermittlungseinrichtungen durch Nebenstellenanlagen abzugelten, keineswegs der Inanspruchnahme der angeschlossenen Sprechapparate bei einer Heimtelefonzentrale.

-2-

Seitens der Österreichischen Post wird diese Klarstellung auch logistisch bei der nächsten sich bietenden Gelegenheit vollzogen werden.

Wien, am 24. November 1988

Der Bundesminister

